



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Heinz Maurus (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wind-Wasserstofftankstelle Stadum/Sprakebüll

1. Ist es richtig, dass die Firma GEO Gesellschaft für Energie und Ökologie mbH aus Enge-Sande einen Bauantrag für ein Demonstrationsprojekt Wind-Wasserstoff-Tankstelle mit Wasserstoff-Pipeline im Gemeindegebiet Stadum/Sprakebüll gestellt hat?

Das Unternehmen GEO hat bislang keinen Bauantrag bzw. Antrag nach dem Bundesimmissionschutzgesetz gestellt.

Das Projekt beinhaltet für die Wasserstoff-Erzeugung zum Betrieb einer Wasserstoff-Tankstelle den Bau von bis zu sechs Windkraftanlagen außerhalb der im Regionalplan ausgewiesenen Eignungsgebiete.

Im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung durch das Staatliche Umweltamt Schleswig wurde festgestellt, dass die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von Windkraftanlagen durch Fehlen von Windeignungsflächen nicht vorliegen.

Am 02.07.2003 haben die Gemeinden Stadum und Sprakebüll daher über das Amt Karrharde bei der Landesplanung die Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens nach § 4 Abs. 3 Landesplanungsgesetz (LaPlaG) beantragt. Ein solches Verfahren ist aber bis jetzt nicht eingeleitet worden, da die Voraussetzungen für die Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens bislang nicht erfüllt sind.

2. Wie bewertet die Landesregierung dieses Projekt aus energiepolitischer Sicht?

Es handelt sich um ein interessantes Projekt zur Herstellung, Bereitstellung und Verwendung von Wasserstoff aus Windstrom. Eine abschließende Bewertung ist noch nicht erfolgt.

3. Handelt es sich bei diesem Projekt um ein Pilotprojekt?

Siehe Antwort zu Frage 2.

4. Wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens?

Siehe Antwort zu Frage 1.

5. Ist es richtig, dass der Antragssteller mehrere Firmen im Kreis Nordfriesland nachgewiesen hat, die an einem Einsatz von wasserstoffbetriebenen Kraftfahrzeugen für den Probetrieb interessiert sind?

Seitens des Antragstellers wurde formlos mitgeteilt, dass sechs Unternehmen signalisiert hätten, ein wasserstoffbetriebenes Kraftfahrzeug als Firmenfahrzeug betreiben und den für den Betrieb notwendigen Wasserstoff in Stadum beziehen zu wollen.